

Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim
Herr Stadtverordnetenvorsteher
Jens Grode
Rathaus
65428 Rüsselsheim

Rüsselsheim, 5. Februar 2020

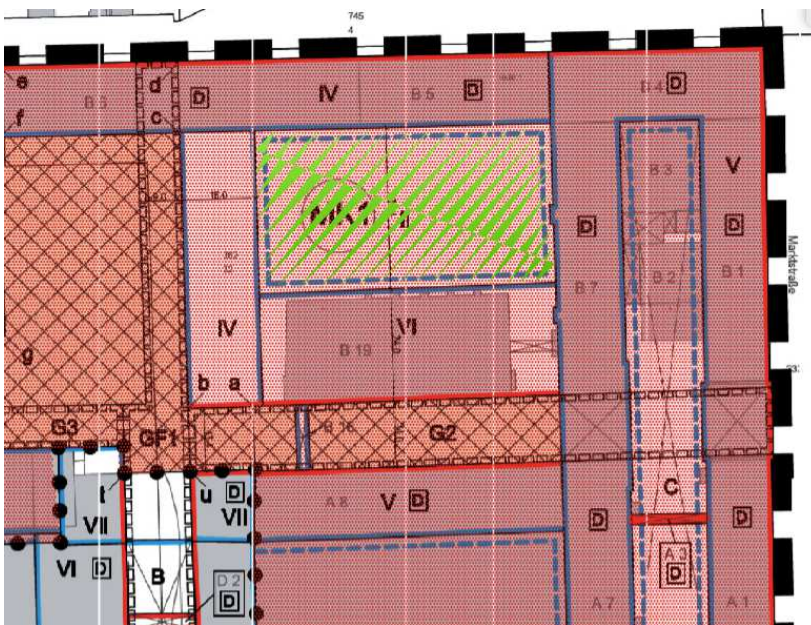
Änderungsantrag DS 635/16-21

1.
 - a) Die vorgesehene verkehrliche Erschließung wird regelmäßig evaluiert und gegebenenfalls angepasst. Die erste Evaluierung erfolgt spätestens drei Jahre nach Baubeginn. Das Ergebnis ist der Stadtverordnetenversammlung zur Beratung und Beschlussfassung vorzulegen.
 - b) Es ist zu prüfen, den Baustellen- und Andienungsverkehr über das Opel-Werksgelände zu führen.
 - c) Auch unter dem Aspekt zukünftiger Entwicklungen werden alternative Zuwegungen mit bedacht und Möglichkeiten dafür freigehalten.
2.
 - a) Das mögliche zweistöckige Gebäude (flächendeckend auf der bisherigen Parkplatzfläche zwischen B5 / B6 und B10; geplanter Karlshof) entfällt entsprechend den vorgestellten Architektenskizzen zugunsten einer zu begrünenden Freifläche. (s. Skizze grün schraffierte Fläche)
 - b) Zwischen dem möglichen vierstöckigen Gebäude (westlich auf der bisherigen Parkplatzfläche zwischen B5 / B6 und dem neu zu errichtenden Ersatzgebäude B19) soll ein Durchgang zum geplanten Karlshof erhalten werden.
 - c) Das Ersatzgebäude B19 soll im gleichen Abstand wie das jetzige von Gebäude B7 entfernt sein und ein Durchgang, gegebenenfalls mit einer Brückenlösung, hergestellt werden.
3. In dem bis zu 18m Höhe bebaubaren südlichen Bereich des MK2 wird die Grundflächenzahl 0,8 festgesetzt. Auf der Freifläche werden Grünflächen mit Spielmöglichkeiten angelegt. Die dort entstehende Bebauung dient dem Lärmschutz
4. Eine CO₂-arme Wärmeversorgung ist vorzusehen.
5. Auf allen Dächern, die nicht nach Norden ausgerichtet oder durch andere Gebäude verschattet sind, werden Photovoltaik- und/oder Solarwärmeanlagen errichtet, sofern dies durch Denkmalschutzaufgaben, Statik oder andere Vorgaben nicht unmöglich ist.
6. Fassaden sind zu begrünen, sofern dies durch Denkmalschutzaufgaben, Statik oder

andere Vorgaben nicht unmöglich ist.

7. Fahrradstellplätze werden gemäß der Stellplatzsatzung und an allen Ziel- und Quellorten vorgesehen. Mindestens 10% davon bieten die Möglichkeit, Fahrräder sicher und trocken abzustellen.
8. Die Schaffung von öffentlichen Trinkwasserspendern wird empfohlen.
9. Die Fördermöglichkeiten durch das Programm „Frankfurter Bogen“ sind zu prüfen.

Skizze zu Punkt 2



die Götter

Maria Schmitz-Henkes
Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/DIE GRÜNEN